SITZUNG VOM

5. November 2012

PROTOKOLL

der 18. Sitzung

Datum: 5. November 2012

Zeit: 19.00 - 20.45

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Präsident Simon Bleiker

Protokoll: Ratssekretär Willi Bleiker

Anwesend: 33 Mitglieder

Entschuldigt: Jürg Hildebrand
Amr Abdel Aziz (Rücktritt)
Konrad Fiechter (beruflich)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 17. Sitzung vom 1. Oktober 2012
3. Information Jugendprojekte im Rahmen der Jugendmitwirkung durch Jugendliche
4. Information zur Umsetzung des Regierungsprogramms 2010-2014 durch den Stadtrat
5. Interpellation Alex Rüegg (CVP) und Mitunterzeichnende - Umsetzung Regierungsprogramm 2010-2014 des Stadtrates - Beantwortung
6. Städtische Liegenschaften/Schulzahnklinik, Kreditbewilligung Gesamt-erneuerung

1. Mitteilungen

1.1 Personelles**B5.1.3**

Stadträtin Beatrix Jud ist ferienhalber abwesend und entschuldigt.

1.2 Eingegangene Post**B5.1.1**

Der Ratsvorsitzende Simon Bleiker verliest die eingegangene Post, die in der Aktenaufgabe einsehbar war:

- SR 2012-260 - Zweckverband "Amtsvormundschaft für Erwachsene" - Opfikon als Trägergemeinde
- SR 2012-273 - Berufliche Vorsorge der Stadt Opfikon - Verbleib bei der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich.
- SR 2012-277 - Finanzplan 2012-2016 - Genehmigung
- Turnhallenbelegung im Wintersemester 2012/2013

2. Protokoll der 17. Sitzung vom 1. Oktober 2012

Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Information Jugendprojekte im Rahmen der Jugendmitwirkung durch Jugendliche**J2.2.4**

Stadtrat Anton Steiner begrüsst die Anwesenden, speziell Marlis Dürst (Gemeindepräsidentin Wangen-Brüttisellen und Vorsitzende der glow-Arbeitsgruppe Jugend) und Barbara Neff (Gemeinderätin Wallisellen). Die Region glow. das Glattal hat rund 100'000 Einwohner. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit ist der Bereich Jugend. So werden im glow-Gebiet zurzeit Jugendpartizipationsprojekte durchgeführt. Er freut sich und erachtet es als einmalig, dass es möglich ist, im Rat ein solches Projekt zu präsentieren. Er richtet deshalb den Dank an den Ratspräsidenten und das Büro, die den Anlass unterstützten.

Der Jugendbeauftragte Walter Bickel macht eine kleine Einführung. Er weist auf das soeben vom Stadtrat verabschiedete neue Jugendleitbild. Dieses hat eine neue, straffere Form erhalten. Das Thema Jugend-Partizipation oder besser Jugendmitwirkung, mit dem Wortspiel Jugend mit Wirkung, ist darin breit vertreten. Verschiedene Projekte wurden durchgeführt oder gestartet. Er übergibt den Jugendlichen das Wort zur Vorstellung von zwei Projekten.

Vier Mädchen stellen das lustvolle Projekt Herbstolympiade im Opfikerpark vor. Jugendliche der Schülerorganisation Halden (SOH) stellen die Resultate einer Umfrage vor, die in Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit durchgeführt wurde. Von 300 Fragebögen wurden 275 retourniert und ausgewertet.

Regula Schmid-Fürst (GV) macht den Vortragenden ein grosses Kompliment für ihren Einsatz. Der Rat bedankt sich mit einem herzlichen Applaus. Stadtrat Anton Steiner und Walter Bickel bedanken sich bei den Jugendlichen mit Urkunden und kleinen Geschenken für ihre Arbeit.

4. Information zur Umsetzung des Regierungsprogramms 2010-2014 durch den Stadtrat

B5.2.1

Stadtpräsident Paul Remund freut sich, einen Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des Regierungsprogramms 2010-2014 präsentieren zu können. Er startet mit der Präsidentialabteilung. Alle Stadträte präsentieren die drei wichtigsten Themen ihres Ressorts. Präsidiales: Stadtentwicklung, Integration, Verwaltungsorganisation. Finanzen: Schulanlage Glattpark, Schulanlage Halden, Sanierung Frei- und Hallenbad. Bau und Versorgung: Zentren aufwerten und baulich verdichten, Entwicklung Stadtteil Glattpark, Freiraum weiter entwickeln und vernetzen. Bevölkerungsdienste: Parkplatzbewirtschaftungskonzept, Sanierung der Sportanlage Au, Anpassung der Dienste an die Entwicklung. Soziales: Stationäre Pflegebetten, Asylzentrum Opfikon, Stellenbedarf. Gesundheit und Umwelt: Energiestadt, Gesundheitsvorsorge, Spital-Zweckverband. Schule: Analyse Kindergartensystem, Mobilisierung Eltern, Integrative Sonderschulung.

5. Interpellation Alex Rüegg (CVP) und Mitunterzeichnende - Umsetzung Regierungsprogramm 2010-2014 des Stadtrates - Beantwortung

B5.2.1

Aufgrund der Präsentation verzichtet Stadtpräsident Paul Remund auf eine weitere Wortmeldung.

Der Interpellant Alex Rüegg (CVP) bedankt sich für die Beantwortung, mit der er zufrieden ist. Er weist darauf hin, dass ein Regierungs- bzw. Legislaturprogramm ein strategisches Führungsinstrument ist, das die Vorbereitung von Entscheidungen zeitgerecht beeinflussen kann.

Die Interpellation wollte vom Stadtrat wissen, wie sich der Zwischenbericht präsentiert und welche Instrumente er verwendet, um noch bewusster mit Prioritäten umzugehen und das Regierungsprogramm als Führungsinstrument noch gezielter zu nutzen.

Er ist mit der Antwort des Stadtrates sehr zufrieden. Die umfassenden Inhalte des stadträtlichen Beschlusses vom 18. September 2012 sowie die heutige Information an den Gemeinderat waren sehr aufschlussreich. Er macht folgende Anmerkungen:

Die Details zu den vorgestellten Prioritäten sollen den Mitgliedern des Gemeinderates und den Medien zur Verfügung gestellt, bzw. auf der Homepage publiziert werden.

Mit der gezielten Bewirtschaftung und Überprüfung ist er einverstanden, legt aber Wert auf einfache, nicht zu häufige Überprüfungen der Umsetzung (ca. alle halbe Jahre).

Er bittet den Stadtrat, die Termine von Gemeinderatsgeschäften so zu steuern, dass die Geschäftsbelastung der Kommissionen und des Rats auf das ganze Jahr verteilt wird.

Er bemerkt, dass sich die in der Interpellation angesprochenen Kommunikationsmassnahmen in der Aussenwirkung positiv entwickelt haben.

Abschliessend erklärt sich Alex Rüegg nochmals zufrieden mit der Beantwortung.

Es findet keine weitere Diskussion statt.

**6. Städtische Liegenschaften/Schulzahnklinik,
Kreditbewilligung Gesamterneuerung**

S1.6.2/L2.2.6

Josef Gander, Sprecher der Rechnungsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Kreditbewilligung Gesamterneuerung Schulzahnklinik. Die Schulzahnklinik Lättenwiesen wurde 1972 eröffnet und mit nur geringfügigen Anpassungen bis heute betrieben. Sie entspricht in betrieblicher und medizinischer Sicht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Josef Gander erläutert die Themen gesetzlicher Auftrag, Leistungserbringung über Vertragsärzte oder durch Schulzahnklinik und Standort. Die notwendige Sanierung und die Änderungen im Betrieb wurden von den Zuständigen gut erläutert und sind nachvollziehbar.

Die Unterlagen zum Gesamtprojekt mit Gesamtbeurteilung, Betriebskonzept, Raumprogramm und Kosten sind ausführlich dargestellt. Einzig bei der Betriebseinrichtung musste eine detailliertere Aufstellung verlangt werden, die auch geliefert wurde. Die RPK hat sich nach intensiven Besprechungen mit den Beteiligten und mit den Besuchen in zwei renovierten Kliniken in der Stadt Zürich, mehrheitlich von der Notwendigkeit einer Gesamterneuerung überzeugen lassen.

Die RPK beantragt dem Gemeinderat mehrheitlich mit 4:1 Stimmen für die baulichen Kosten der Gesamterneuerung der Schulzahnklinik einen Kredit von CHF 1'100'000 entsprechend der Baukostenschätzung (+/- 20%) zu bewilligen. Für die Betriebseinrichtungen wird ein Kredit mit Kostendach von CHF 500'000 bewilligt. Beide Beträge verstehen sich inklusive 8% MWST und gehen zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto-Nr. 610.5303.177.

Finanzvorstand Valentin Perego bedankt sich für den positiven Bericht der RPK. Es ist nach 40 Betriebsjahren sicher angebracht, baulich und technisch die Schulzahnklinik zu erneuern. Neben dem baulichen Projekt sind aber auch organisatorische Veränderungen notwendig. Er bittet den Rat, dem Antrag

SITZUNG VOM

5. November 2012

zuzustimmen, weist aber darauf hin, dass es aufgrund der Zweckbestimmung auch ein Thema der Schule ist.

Schulpräsident Hans Zolliker zählt die Kriterien für eine gute Klinik auf: Fachlich kompetent (ist in Opfikon erfüllt), moderate Elternbeiträge, kurze Wege/gut erreichbar. Damit die Schulkinder schon früh unbegleitet in die Klinik gehen können, ist ein guter Standort sehr wichtig.

Leo Wehrli (SVP) betont, dass die SVP-Fraktion mit dem Antrag nicht einverstanden ist und einen Rückweisungsantrag stellt.

Erwägungen: Die Antragsteller sind der Meinung, dass der Standort der Schulzahnklinik nicht optimal abgeklärt wurde. Hinsichtlich des sich abzeichnenden Schulraummangels, ist es fragwürdig die Schulzahnklinik in den bestehenden Räumen der Schulanlage Lättenwiesen für über eine Mio. Franken neu zu installieren. Die vorhandenen Räume könnten später allenfalls zu Schulzimmer umfunktioniert werden. Es müssen unbedingt noch weitere Varianten geprüft werden.

Auch ist für die Antragssteller nicht klar wie es mit den zu erwartenden Schulhausneubauobjekten weitergeht. Es wäre unter Umständen sinnvoller die Schulzahnklinik in einem der zu erwartenden Neubauten zu integrieren oder sie in eine der Städtischen Liegenschaften einzubauen. Bis ein komplettes und klares Schulraum- und Neubaukonzept inklusive Erweiterungen und Provisorien vorhanden ist und bis die diversen Varianten seriös geprüft wurden, darf die geforderte Gesamterneuerung auf keinen Fall in Angriff genommen werden.

Antrag: Aus den oben erwähnten Gründen wünschen die Antragsteller, dass der Antrag des Stadtrates vom 20. März 2012 und der RPK-Antrag vom 17. Oktober 2012 zurückgewiesen werden.

Stadtrat Valentin Perego bestätigt, dass kein anderer Standort evaluiert wurde, da ein geeigneter vorhanden ist. Er glaubt nicht, dass es Sinn macht, von einem geografisch gut gelegenen Standort abzurücken: Ein Neubau der Klinik an einem anderen Ort und die Umnutzung des alten Standortes für Schulzimmer verursacht Mehrkosten und ist nicht unbedingt geeignet und sinnvoll (Auflagen wegen Statik, Sicherheit, Feuerpolizei etc.). Die zusätzlichen Zimmer würden die Platznot kaum dämpfen. Zudem ist eine dauerhaft Erweiterung der Schulanlage nicht erwünscht. Der Stadtrat ist überzeugt, dass ein kostengünstiger, sinnvoller und logisch richtiger Weg eingeschlagen worden ist. Er bittet den Rückweisungsantrag abzulehnen und dem Sanierungsantrag zuzustimmen.

RPK-Präsident Peter Bühler unterstützt Stadtrat Valentin Perego. Der Standort ist sehr gut geeignet. Die Sanierung ist überlegt und sinnvoll. Zudem verdienen die Mitarbeiter der Schulzahnklinik eine Erneuerung. Er bittet im Namen der RPK-Mehrheit, dem Antrag zuzustimmen.

SITZUNG VOM

5. November 2012

Leo Wehrli (SVP) rügt, dass es gleich läuft wie immer und Millionen verbuttert werden. Es sei nicht klar, ob das Schulhaus Glattpark überhaupt kommt (Volksabstimmung). Allenfalls wäre es besser, die Schulzahnklinik dort zu integrieren. Feuerwehrrübungen sind für Sanierungen nicht sinnvoll.

Franziska Driessen-Reding (CVP) findet den Vorschlag von Leo Wehrli auf ersten Blick prüfenswert. Es zeigt sich aber rasch, dass die ausgewiesenen 190.9 m² des Raumprogramms bei weitem nicht reichen, um die Schule zu retten. Es ergäben sich maximal 2 Schulzimmer und es steht nur ein kleines WC zur Verfügung. Eine Umnutzung ist daher sicher nicht sinnvoll.

Der Ratspräsident Simon Bleiker erläutert das Vorgehen bei der Abstimmung mit Behandlung des Rückweisungsantrags und bei Ablehnung der Abstimmung zum Antrag der RPK.

Der Rückweisungsantrag wird mit 21:12 Stimmen abgelehnt.

Dem Antrag der RPK wird mit 21:12 Stimmen zugestimmt.

6. Städtische Liegenschaften / Schulzahnklinik
Kreditbewilligung Gesamterneuerung

S1.6.2/L2.2.6

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 20. März 2012, den Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 17. Oktober 2012, der Diskussion im Rat, sowie in Anwendung von Art. 35, Abs. 1 Ziff. 4 der Gemeindeordnung -

B E S C H L I E S S T :

1. Für die Gesamterneuerung der Schulzahnklinik Opfikon am heutigen Ort in der Schulanlage Lättenwiesen, einen Kredit zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto-Nr. 610.5030.177, von CHF 1'600'000 inkl. 8% MWST zu bewilligen.
2. Mitteilung an:
 - Schulpflege
 - Schulverwaltung
 - Finanzabteilung
 - Liegenschaftenverwaltung

Erklärung im Namen der Rechnungsprüfungskommission**B5.1.2**

zur Erstellung von provisorischen Schulanlagen – Deklaration als „Gebundene Ausgabe“

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen

Wir waren schon verwundert, als wir am 5. Oktober 2012 den Beschluss des Stadtrates erhielten, wonach die Erstellung von provisorischen Schulanlagen mit prognostizierten Mietausgaben von Fr. 2,5 Mio. oder Investitionen von Fr. 5,4 Mio. ins Auge gefasst wurden. Was uns stört, ist die Tatsache, dass dies als „Gebundene Ausgabe“ deklariert wird und so alle Entscheide am Volk und Parlament vorbeigeschleust werden.

Ich zitiere wörtlich § 121 Gemeindegesetz: „Ausgaben gelten als gebunden, wenn die Gemeinde durch übergeordnetes Recht, durch Gerichtsentscheide, durch Beschlüsse der zuständigen Gemeindeorgane oder durch frühere Beschlüsse zu ihrer Vornahme verpflichtet ist und ihr sachlich, zeitlich und örtlich kein erheblicher Entscheidungsspielraum bleibt.“

Keine Frage, Stadtrat und Schulpflege müssen sich intensiv mit dem Schulraumbedarf in zeitlicher und finanzieller Konsequenz auseinandersetzen. Das machen sie auch, und wir kennen diese vielen Berichte. Aber wie nun vorgegangen wird, finden wir nicht gut.

Im stadträtlichen Antrag wird in Pkt. 6 lediglich darauf hingewiesen „es ist vorgesehen, die Ausgaben im Sinne des Gemeindegesetzes § 121 als gebundene Ausgabe zu deklarieren“. Eine Begründung unter Bezug auf die im Gesetz erwähnten Entscheidungsgrundlagen fehlt. Das Gesetz nennt 4 Bestimmungen, wonach eine Ausgabe als gebunden erklärt werden kann. Hierzu einige Überlegungen, die wir auch mit Fachleuten besprochen haben:

1. übergeordnetes Recht

Die Schulbehörde ist selbstverständlich gehalten, jederzeit genügend Schulraum zur Verfügung zu stellen. Die Schulraumplanung ist u.a. ein strategisches Führungsinstrument. Daraus ist schon seit einiger Zeit ersichtlich, dass neuer Schulraum bereitzustellen ist. Es ist an der Schulpflege und am Stadtrat, entsprechende Kreditbegehren zeitgerecht dem Gemeinderat zu unterbreiten.

2. Gerichtsentscheide liegen nicht vor

3. Beschlüsse der zuständigen Gemeindeorgane oder frühere Beschlüsse

Es liegen keine Beschlüsse oder Erwägungen des Parlamentes vor, ein derartiges Provisorium zu realisieren. Bisher bekannt sind die pendenten Planungen für die Schulanlagen Glattpark und Halden. In keinem dieser Aktenlagen wird der Handlungsbedarf für ein nun „subito“ zu errichtendes Provisorium erwähnt.

4. Wenn sachlich, zeitlich und örtlich kein erheblicher Entscheidungsspielraum bleibt

Es gibt sehr wohl einen Entscheidungsspielraum, der im parlamentarischen Prozess abzuwägen und zu entscheiden ist. Schulraum ist bereitzustellen, wenn Bedarf da ist. Hierzu ist zeitgerecht das Verfahren einzuleiten. Örtlich gibt es in unserer Stadt einige Möglichkeiten, die evaluiert werden könnten.

Weiteres Vorgehen: Im Einvernehmen mit den Fraktionen ersucht die RPK den Stadtrat, für die Erstellung von provisorischem Schulraum inkl. Standortfrage, dem Gemeinderat einen entsprechenden Planungskredit zur beförderlichen Behandlung und Antragsstellung zu unterbreiten und mit uns möglichst rasch an einen Tisch zu sitzen.

Im Namen der RPK und Fraktionen, Peter Bühler, Präsident RPK

Fraktionserklärung FDP - Schulprovisorium**B5.1.2**

Werte Stadträte und Ratskollegen, liebe Besucher

Die FDP Fraktion ist sehr erstaunt über die Investition von zig Millionen für ein Provisorium und ist der Meinung, hier müsste eine Alternative gefunden werden, welche in Anbetracht, dass ein neues Schulhaus im Glattpark entstehen soll, kurzfristig und günstig sein muss.

Unbestritten ist der Bedarf von Schulzimmern – wir wollen den Kindern die nötigen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen. Eine prüfenswerte Variante ist für uns das zeitlich unproblematische Einmieten in leer stehende Büroräumlichkeiten – das zu beschaffende Inventar soll im Glattparkschulhaus wieder eingesetzt werden.

Wir bitten den Stadtrat, diese Variante zu prüfen.

Björn Blaser (FDP)

Fraktionserklärung SVP**B5.1.2**

Fraktionserklärung zum Beschluss Nr. 2012-279 vom 2. Oktober 2012

Städtische Liegenschaften / Schulanlagen

Grundsatzentscheid zur Erstellung von Provisorien und zum Standort

Deklaration des zu beantragenden Kredites als gebundene Ausgabe L2.2.6

Auf Antrag des Finanzvorstandes sowie des Schulpräsidenten
Beschliesst der Stadtrat:

1. Von der erheblichen Dringlichkeit für die Bereitstellung und Erstellung von provisorischen Schulräumlichkeiten wird Kenntnis genommen.

SITZUNG VOM

5. November 2012

2. Die Vorgehensweise wird im Sinne der Erwägungen unterstützt.
3. Der Standort für diese provisorischen Bauten wird gemäss den Erwägungen bewilligt (Wiese, Kat.-Nr. 7871, Oberhauserstrasse, oberhalb der Friedhofanlage Halden).
4. Der finanzielle Aufwand für Miete und/oder Kauf dieser Liegenschaft und /oder Teile davon wird auf entsprechenden Antrag der vorberatenden Arbeitsgruppe als gebundene Ausgabe gemäss Gemeindegesetz § 121 deklariert werden. Für die gesamte diesbezügliche Raumbeschaffung ist eine Submission im offenen Verfahren angezeigt.
5. Die Liegenschaftenverwaltung wird beauftragt, die Vorbereitungsarbeiten für diese Raumbeschaffung (Provisorien) in Angriff zu nehmen. Die eingesetzte Arbeitsgruppe wird beauftragt, den jeweiligen Bedarf möglichst frühzeitig zu eruieren.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Rechnungsprüfungskommission (Präsident Peter Bühler)
 - Schulpräsident
 - Finanzvorstand
 - Schulpflege
 - Schulverwaltungsleiter
 - Schulleitung Mettlen
 - Schulleitung Lättenwiesen
 - Schulleitung Halden
 - Liegenschaftenverwaltung
 - Finanzabteilung

Versandt am 4. Oktober 2012

Die SVP-Fraktion goutiert ein solches Vorgehen des Stadtrates nie und nimmer. Die SVP-Fraktion kann auch nicht verstehen, wieso der Stadtrat mit der gebundenen Ausgabe von CHF 5,4 Mio. dieses Geschäft an Volk und Gemeinderat vorbeischnuggeln wollte. Der Gemeinderat hätte nach Art. 44 Punkt 3 zwingend orientiert werden müssen. Eine gebundene Ausgabe nach Art. 121 beinhaltet auch gewisse Bedingungen. Nach unserem Dafürhalten können gebundene Ausgaben nur in absoluten Notfällen getätigt werden. Dies ist bei diesem Geschäft sicher nicht der Fall, da die Provisorien sowieso erst für 2014 geplant sind.

Die SVP-Fraktion fordert den Stadtrat auf, in Zukunft die Geschäfte mit ein bisschen mehr Fein- und Fingerspitzengefühl anzugehen und ein solches Ansinnen wie im obigen Beschluss für immer aus ihrer Fantasie zu streichen.

Die SVP-Fraktion muss eigentlich die Beschaffung von Schulprovisorien begrüssen. Hatten wir doch vor nicht all zu langer Zeit ein illegales Schul-Zelt neben dem Haldenschulhaus. Damals wehrte sich die SVP gegen Schulcontainer und wir machten uns stark für einen neuen Schultrakt in der Halden. Dies wurde damals vor allem von der Schule selbst bekämpft und sie machten sich für die Container stark. Das Volk hatte damals an der Urne entschieden, dass Container und kein neuer Schulhausstrakt erstellt werden. Somit müssten wir eigentlich mit dem Stadtratsbeschluss glücklich und zufrieden sein.

Leo Wehrli (SVP)

Persönliche Erklärung Richard Muffler (SVP)**B5.1.2**

Die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Stadtratsbeschluss über eine Gebundene Ausgabe und dem Schreiben von Hans Zolliker an seine Schulleiter, welches eindeutig belegt, dass die Abklärungen betreffend Raumbedarf noch gar nicht in Angriff genommen wurden, sind absolut unerträglich. Jeder Stadtrat muss sich bewusst sein, dass er nicht nur zum durchwinken der anderen Geschäfte im Stadtrat sitzt sondern für jedes Geschäft eine Mitverantwortung trägt und somit auch eine gewisse Kontrolle auszuüben hat.

- Der Antrag an den Stadtrat, eine Gebundene Ausgabe zu erklären dessen Grundlage zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht abgeklärt war.
- Die Aufforderung an die Schulleitung die noch gar nicht abgeklärte optimierte Raumnutzung glaubwürdig zu vertreten.
- Die nachträgliche Deklarierung eines eindeutigen Beschlusses auf eine Absichtserklärung (Entweder wird beschlossen oder die Absicht erklärt).
- Die fehlende Rechtsmittelbelehrung auf dem Beschluss (2012-279).
- Die nicht eingehaltene Orientierung des Gemeinderates gemäss Art. 44.

Alle diese Fakten lassen darauf schliessen, dass die Mehrheit der Stadträte ihre Arbeit nicht nur unkorrekt sondern überhaupt nicht erledigte (kollektive Arbeitsverweigerung). Das ist nicht nur peinlich sondern verantwortungslos und in jeder Hinsicht inakzeptabel.

Richard Muffler (SVP)

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Simon Bleiker macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 8. November 2012

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:

Willi Bleiker

SITZUNG VOM

5. November 2012

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:
Simon Bleiker

.....

Der 1. Vizepräsident:
Daniel Peter

.....

Der 2. Vizepräsident:
Heidi Kläusler-Gysin

.....